



Ausgabe: Juni 2018

Demokratie-Newsletter

Allgemeines zum Thema «Demokratie»

- Tages-Anzeiger vom 2. Juni 2018, S. 4
Die Frauensektionen von SP und FDP gehen in die Offensive – Bei den nächsten Wahlen sollen mehr Frauen ins Parlament – das sind die Rezepte der Parteien.
- Neue Zürcher Zeitung vom 6. Juni 2018, S. 18
Impulse für die digitale Demokratie – Das Abstimmungsbüchlein könnte zum Online-Portal werden.
- Die Republik vom 7. Juni 2018
Wählen ohne Wahl – Am Sonntag wählen die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Graubünden ein neues Parlament. Viele werden an der Urne leer einlegen. Wieso tun sie das?
- Tages-Anzeiger vom 11. Juni 2018, S. 5
Die Quittung für den Bauskandal - Graubündens Wähler strafen zwei Involvierte der Engadiner Kartellwirren ab: BDP-Regierungsrat Parolini wird beinahe abgewählt, SVP-Kandidat Schlegel scheitert. Gewinnerin ist für einmal die CVP.
- Tages-Anzeiger vom 12. Juni 2018, S. 13
Die lernende Demokratie
- Neue Zürcher Zeitung vom 12. Juni 2018, S. 15
Mehr Sicherheit beim E-Voting – Parlamentarier simulieren Abstimmungsbetrug.
- Neue Zürcher Zeitung vom 16. Juni 2018, S. 15
Totalverbot für E-Voting – Die Diskussion soll breit geführt werden.
- NZZ am Sonntag vom 17. Juni 2018, S. 17
Die Informiertheit des Stimmvolks ist gar nicht so wichtig – Hätten die Bürgerinnen und Bürger mehr gewusst, hätten sie besser entschieden. Die Kritik ist oft zu hören. Aber sie ist grundfalsch, weil sie das Wesen der Politik verkennt, mein Thomas Milic.
- Neue Zürcher Zeitung vom 19. Juni 2018, S. 15
Muss erstmals eine Abstimmung im Bund wiederholt werden? – Die CVP-Beschwerde zur Ehe-Initiative von 2016 hat reelle Chancen.



- Tages-Anzeiger vom 25. Juni 2018, S. 11
Wir brauchen ein Weltparlament!
- Tages-Anzeiger vom 26. Juni 2018, S. 4
«Das wäre eine Weltrevolution» – SP-Ständerat Daniel Jositsch fordert ein globales Parlament. Es wäre ein fundamentaler Umbau der Vereinten Nationen, sagt er.
- Tages-Anzeiger vom 28. Juni 2018, S. 3
Plötzlich Politiker – Bundeskanzler Walter Thurnherr ist der diskreteste Herrscher von Bern. Jetzt findet er sich wegen E-Voting plötzlich im grellen Rampenlicht wieder. Es mag ihm nicht recht gefallen.
- Neue Zürcher Zeitung vom 28. Juni 2018, S. 17
Bundesrat treibt E-Voting voran – Elektronische Stimmabgabe soll dritter regulärer Kanal für Urnengänge werden.

Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen

- Tages-Anzeiger vom 2. Juni 2018, S. 5
Der Bundesrat lehnt einen Urlaub für Väter ab – Ein Vaterschaftsurlaub von vier Wochen kostete 420 Millionen Franken. Zu teuer, findet die Landesregierung.
- Tages-Anzeiger vom 8. Juni 2018, S. 5
Die Gegner stehen bereit / «Staatspolitischer Blödsinn» oder ein «Kunstwerk»?
- Tages-Anzeiger vom 11. Juni 2018, S. 2 und 3
Schweizer Casinobetreiber wollen noch mehr / Urheber sind «nicht frustriert»
- Tages-Anzeiger vom 11. Juni 2018, S. 4
Der Olympiatraum ist geplatzt – Das Walliser Stimmvolk lehnt Sion 2026 ab. Für die Gegner sind Olympische Winterspiele in der Schweiz damit für die nächsten 25 Jahre kein Thema mehr. Bürgerliche Politiker wollen jedoch nicht so lange warten.
- Neue Zürcher Zeitung vom 11. Juni 2018, S. 12
Zu viel sprach gegen die Vollgeldinitiative – Klare Abfuhr an der Urne für die vorgeschlagene Reform des Geldwesens.
- Tages-Anzeiger vom 15. Juni 2018, S. 4
Unerwarteter Durchbruch bei der Konzernverantwortungsinitiative – Schweizer Konzerne müssen künftig auch im Ausland Mensch und Umwelt schützen. So will es der Nationalrat. Die FDP half mit.



- Tages-Anzeiger vom 18. Juni 2018, S. 4
Die CVP will eine zweite Chance – Die wichtigste Zahl des Bundes zur CVP-Initiative gegen die Heiratsstrafe war kreuzfalsch. Nun beabsichtigt der Parteipräsident Gerhard Pfister eine Beschwerde. Eine Wiederholung der Abstimmung wäre möglich.
- Tages-Anzeiger vom 20. Juni 2018, S. 3
Die Crowd und ihr General – Das Referendum gegen die Sozialversicherungsdetektive zeigt, wie sich ein neuer Player an Verbänden und Parteien vorbei nach Bern katapultiert. Mitten-drin: ein 21-jähriger Campaigner.
- Tages-Anzeiger vom 23. Juni 2018, S. 8
Kommt nun die Minder-Initiative 2.0? – In den vergangenen Jahren sind die Managerlöhne trotz Abzockerinitiative weiter gestiegen. Nun denken die Gewerkschaften über eine Durchsetzungsinitiative nach.
- Tages-Anzeiger vom 28. Juni 2018, S. 5
Burkaverbot: Vorstellung zu Gegenvorschlag gehen auseinander

Gerichtsurteile

- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 14. Mai 2018, [1C 521/2017](#), [1C 532/2017](#), [1C 545/2017](#)
Droits politiques – Recours contre la votation communale du 27 novembre 2016. Recours contre les arrêts du Tribunal cantonal du canton de Vaud, Cour constitutionnelle du 12 septembre 2017. Le recours sont admis ; les arrêts attaqués sont annulés, de même que la décision du Conseil d’Etat datée du 22 mars 2017 et la votation communale du 27 novembre 2016.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 6. Juni 2018, [1C 273/2018](#)
Droits politiques – Recours contre la votation fédérale du 10 juin 2018 concernant l’initiative Monnaie pleine. Irrecevable.
- Regierungsrat des Kantons Luzern, Entscheid vom 30. Oktober 2017, RRE Nr. 1171, publiziert in: [LGVE 2017 VI Nr. 6](#)
Volksrechte – Auszug aus dem Leitsatz: Bei gesamthaften Gesetzesvorlagen gilt der Grundsatz der Einheit der Materie nur abgeschwächt. Insbesondere wenn es sich um eine Kodifikation handelt, die zahlreiche Gebiete miteinschliesst. Die Stimmberechtigten haben keinen verfassungsmässigen Anspruch darauf, dass ihnen einzelne, allenfalls besonders wichtige Teile einer Vorlage gesondert zur Abstimmung vorgelegt werden; sie müssen sich vielmehr auch dann für die Gutheissung oder Ablehnung der ganzen Vorlage entscheiden, wenn sie nur mit einzelnen Vorschriften einverstanden sind bzw. einzelne Bestimmungen ablehnen.



- Regierungsrat des Kantons Luzern, Entscheid vom 14. August 2017, RRE Nr. 843, publiziert in: [LGVE 2017 VI Nr. 7](#)
Volksrechte – Auszug aus dem Leitsatz: Einer Ortsplanungsinitiative kommt nur verpflichtende Wirkung für die Durchführung des Ortsplanungsverfahrens zu. Die Initianten haben keinen Anspruch darauf, dass die angenommene ausformulierte Initiative nach Abschluss des Verfahrens auch wortwörtlich umgesetzt wird. Schon im Rahmen des Auflageverfahrens sind Änderungen möglich. Ebenso können die Stimmberechtigten die Umsetzungsvorlage der Initiative ablehnen und insofern auf die Initiative zurückkommen und diese rückgängig machen. Die allgemeine Verantwortung des Gemeinderates verbunden mit seiner Zuständigkeit bei Abstimmungen berechtigt den Gemeinderat im Rahmen der Vorbereitung der Sachgeschäfte, Varianten zu einer Vorlage zu präsentieren und zur Abstimmung zu bringen. Diese Rechte werden auch durch eine Initiative nicht eingeschränkt.
- Regierungsrat des Kantons Luzern, Entscheid vom 26. September 2017, RRE Nr. 1039, publiziert in: [LGVE 2017 VI Nr. 8](#)
Volksrechte – Auszug aus dem Leitsatz: Das kantonale Gesetz bestimmt das Eigenkapital der Bilanz einer Gemeinde, das beachtlich ist für die Frage, ab wann eine Abtragungspflicht für negative Jahresergebnisse vorzunehmen ist. Die Neubewertungsreserven sind von Gesetzes wegen in den Bilanzüberschuss oder -fehlbetrag zu überführen und sind damit Teil des massgeblichen Eigenkapitals. Für eine individuelle Begriffsdefinition in der Gemeindeordnung besteht kein Raum, weshalb ein entsprechendes Initiativbegehren gegen übergeordnetes Recht verstösst. Eine Initiative ist nicht als Ganzes für ungültig zu erklären, sofern vernünftigerweise anzunehmen ist, die Unterzeichner der Initiative hätten den gültigen Teil auch unterzeichnet, wenn er ihnen allein unterbreitet worden wäre. Dies ist dann der Fall, wenn der verbleibende Teil der Initiative nicht von untergeordneter Bedeutung ist, sondern noch ein sinnvolles Ganzes im Sinne der ursprünglichen Stossrichtung ergibt, so dass die Initiative nicht ihres wesentlichen Gehaltes beraubt wird.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 1. Juni 2018, [1C 528/2017](#)
Politische Rechte – Verletzung des Stimmrechts anlässlich der Gemeindeversammlung. Beschwerde gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichts des Kantons Thurgau vom 16. August 2018 (VG.2017.26/E). Abweisung.

Amtliche Informationen

- Medienmitteilung des Bundesrates vom 1. Juni 2018
Gewährleistung der geänderten Verfassungen von sechs Kantonen
Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die geänderten Verfassungen der Kantone Zürich, Obwalden, Basel-Landschaft, Tessin, Neuenburg und Genf zu gewährleisten. Alle Verfassungsänderungen stimmen mit dem Bundesrecht überein, wie der Bundesrat in seiner am 1. Juni 2018 verabschiedeten Botschaft festhält. ([Link](#))



- Medienmitteilung des Bundesrates vom 1. Juni 2018
Bundesrat empfiehlt Volksinitiative für einen Vaterschaftsurlaub zur Ablehnung
Der Bundesrat hat am 1. Juni 2018 die Botschaft zur Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» verabschiedet. Er beantragt den eidgenössischen Räten, die Initiative abzulehnen. ([Link](#))
- Stellungnahme des Bundesrates vom 1. Dezember 2017
Elektronische Auszählung von Stimmen (E-Counting)
Kurzbericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates. ([BBI 2018 3173](#))
- Kurzbericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates vom 23. März 2018
Elektronische Auszählung von Stimmen (E-Counting)
Stellungnahme des Bundesrates. ([BBI 2018 3183](#))
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 15. Juni 2018
Bundesgericht wird von einfachen Fällen entlastet, der Grundrechtsschutz gewahrt
In Fällen von grosser rechtlicher Bedeutung soll künftig immer eine Beschwerde an das Bundesgericht möglich sein. Im Gegenzug soll das Bundesgericht vermehrt von einfachen Fällen entlastet werden, die keiner höchstrichterlichen Beurteilung bedürfen. Das Bundesgericht soll seine Kapazitäten damit gezielter einsetzen können, ohne dass der Rechtsschutz eingeschränkt wird. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 15. Juni 2018 die Botschaft für eine entsprechende Revision des Bundesgerichtsgesetzes (BGG) verabschiedet. ([Link](#))
- Medienmitteilung des Bundesgerichts vom 15. Juni 2018
Bundesgericht begrüsst Botschaft zur Revision des Bundesgerichtsgesetzes mit Vorbehalt zur subsidiären Verfassungsbeschwerde
Das Bundesgericht begrüsst die heutige Verabschiedung der Botschaft zur Revision des Bundesgerichtsgesetzes durch den Bundesrat. Es unterstützt das mit der Vorlage verfolgte Ziel, den Rechtsschutz für Betroffene zu erweitern, indem der Beschwerdeweg ans Bundesgericht in bisher ausgeschlossenen Rechtsbereichen geöffnet wird, sofern sich eine rechtliche Grundsatzfrage stellt oder sonst ein bedeutender Fall vorliegt. Das Bundesgericht kann vor diesem Hintergrund der Beibehaltung der subsidiären Verfassungsbeschwerde nicht zustimmen. ([Link](#))
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 15. Juni 2018
Bundesrat empfiehlt Ablehnung der «Trinkwasserinitiative» und beschliesst Massnahmen-Strategie
Der Bundesrat spricht sich gegen die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» aus. Dies hat er an seiner Sitzung vom 15. Juni 2018 entschieden. Die Trinkwasserinitiative hätte weitreichende, schädliche Folgen für die Schweizer Landwirtschaft und Ernährungssicherheit. Sie nimmt aber berechtigte Anliegen auf, die bereits mit den heutigen agrarpolitischen Massnahmen angestrebt werden. Der Bundesrat will deshalb die bestehenden Aktivitäten mit einer Massnahmen-Strategie im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022 verstärken und ergänzen. Die Strategie soll die Risiken des Hilfsmittleinsatzes in der Landwirtschaft redu-



zieren, ohne die Produktion zu stark einzuschränken. Auf einen direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag verzichtet der Bundesrat. ([Link](#))

- Mitteilung der Bundesversammlung vom 15. Juni 2018
Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» ([BBI 2018 3497](#))
- Mitteilung der Bundesversammlung vom 15. Juni 2018
Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)» ([BBI 2018 3499](#))
- Mitteilung der Bundesversammlung vom 15. Juni 2018
Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)» ([BBI 2018 3501](#))
- Mitteilung der Bundesversammlung vom 15. Juni 2018
Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz, ParlG). Änderung vom 15. Juni 2018 ([BBI 2018 3503](#))
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 20. Juni 2018
Der Bundesrat bewilligt E-Voting im Kanton Thurgau für die Jahre 2018-2020
An seiner Sitzung vom 20. Juni 2018 hat der Bundesrat dem Gesuch des Kantons Thurgau stattgegeben, die elektronische Stimmabgabe bei eidgenössischen Abstimmungen anzubieten. Die Bewilligung gilt ab dem Urnengang vom 23. September 2018 und bis zu einer allfälligen Volksabstimmung vom 17. Mai 2020. Vor jedem Urnengang wird die Bundeskanzlei prüfen, ob die Bedingungen für den Einsatz der elektronischen Stimmabgaben im gesuchstellenden Kanton erfüllt sind und entsprechend eine Zulassung erteilen. ([Link](#))
- Mitteilung der Bundeskanzlei vom 21. Juni 2018
Vernehmlassungseröffnung: Änderung des Parlamentsgesetzes (Einführung des Verordnungsvetos)
Mit dem Vorentwurf verschiedener Gesetzesänderungen wird vorgeschlagen, dass die Bundesversammlung gegen Verordnungen des Bundesrates oder der Departemente das Veto einlegen kann. Der Vorentwurf sieht Regelungen vor, welche Verordnungen dem Veto nicht unterstehen und in welchem Verfahren ein Veto zustande kommen kann. ([Vorlage](#) / [Bericht](#) / [Begleitschreiben](#) / [Adressatenliste](#))
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 27. Juni 2018
E-Voting als ordentlicher Stimmkanal: Bundesrat plant Vernehmlassung für Herbst 2018
Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 27. Juni 2018 den Schlussbericht der „Experten-Gruppe elektronische Stimmabgabe“ zur Kenntnis genommen. Auf dieser Grundlage hat er eine Aussprache zum Thema E-Voting geführt und das weitere Vorgehen festgelegt. Demgemäss soll in der zweiten Jahreshälfte 2018 eine Vernehmlassung eröffnet werden, mit dem Ziel, E-Voting als dritten ordentlichen Stimmkanal zu etablieren. ([Link](#))



- Mitteilung des Bundesrates vom 27. Juni 2018
Vernehmlassungseröffnung: Vorentwurf zum Bundesgesetz über das Gesichtsverhüllungsverbot
Der Vorentwurf des Gesetzes ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot». Er beinhaltet eine Pflicht, das Gesicht vor bestimmten Behörden zu enthüllen. Ausserdem wird explizit eine strafrechtliche Sanktion im Falle der Anwendung von Zwang zur Gesichtsverhüllung vorgesehen. ([Vorlage](#) / [Bericht](#) / [Begleitschreiben](#) / [Adressantenliste](#))
- Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 28. Juni 2018
Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» ist zustande gekommen
Die am 25. Mai 2018 eingereichte eidgenössische Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» ist formell zustande gekommen. Die Prüfung der Unterschriftenlisten durch die Bundeskanzlei hat ergeben, dass von insgesamt 121 620 eingereichten Unterschriften 121 307 gültig sind. ([Link](#))

Neue Volksinitiativen im Sammelstadium

- Eidgenössische Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»
(Sammelbeginn: 12. Juni 2018; [Link](#))

Europäische und internationale Nachrichten zur Demokratie und den pol. Rechten

- Tages-Anzeiger vom 2. Juni 2018, S. 6
Ära Rajoy nach sieben Jahren zu Ende - Mit Stimmen der katalanischen Abgeordneten hat der Sozialist Sánchez Spaniens Premier Rajoy gestürzt. Dem neuen Regierungschef ist die Einheit des Landes aber genauso wichtig wie seinem Vorgänger.
- Tages-Anzeiger vom 7. Juni 2018, S. 7
30 Fragen, 30 Antworten – Premiere im Bundestag: Erstmals unterzog sich Angela Merkel im Parlament einem Kreuzverhör. Vorwürfe und Verteidigungen flogen im Minutentakt munter hin und her. Aber in Not geriet die Kanzlerin nicht.
- Tages-Anzeiger vom 26. Juni 2018, S. 7
Lektionen einer Nacht – Recep Tayyip Erdogan hat bekommen, was er wollte: einen Sieg in der ersten Runde der Präsidentenwahl. Er kann das Land nun umbauen. Die Türkei werde dafür «einen hohen Preis zahlen», warnt der Wahlverlierer.
- Neue Zürcher Zeitung vom 26. Juni 2018, S. 3
Wahl mit schalem Nachgeschmack – Die türkische Opposition erkennt den Sieg von Staatschef Erdogan an.



- Tages-Anzeiger vom 29. Juni 2018, S. 8
Ein Kennedy sichert Trumps Erbe – Donald Trump erhält dank Anthony Kennedys Rücktritt bereits zum zweiten Mal die Gelegenheit, einen Richter am Obersten Gerichtshof zu ernennen – und die USA so auf Jahrzehnte hinaus zu prägen.

Ausländische Gerichtsurteile

- Österreichischer Verfassungsgerichtshof, Entscheid vom 15. Juni 2018, [W I 1/2018-25](#)
Anfechtung der Wahl zum Niederösterreichischen Landtag vom 28. Jänner 2018 – Die Liste «Wir für Niederösterreich» hatte u.a. eine Verletzung des demokratischen Prinzips durch die Briefwahl und Fehler bei der Bezeichnung und Reihung der Parteien auf den Stimmzetteln geltend gemacht. Nichtstattgebung/Rückweisung. ([Presseinformation](#))

Neuerscheinungen

- AUER CHRISTIOPH, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, 5. Juli 2017, 1C_582/2016, Urteilsbesprechung, in: ZBI 119/2018, S. 298–308
- HÄNNI JULIA, Die Straferwartung der Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der direkten Demokratie, in: ZStR 136/2018, S. 11–21
- KELLER HELEN/ZIMMERMANN LAURA, Die Befürworter der «Selbstbestimmungsinitiative» und ihr blick nach Deutschland, Verkürzt, verfehlt und irreführend, in: Plädoyer 2018, Nr. 3, S. 44–47
- PETRIG ANNA, Sind die parlamentarische Genehmigung und das Referendum im Außenbereich auf völkerrechtliche Verträge beschränkt?, Eine Untersuchung anhand von Kompetenztransfers an Völkerrechtsakteure, in: ZaöRV 2018, Heft 1, S. 93–146
- SEFEROVIC GORAN, Volksinitiative zwischen Recht und Politik, Die staatsrechtliche Praxis in der Schweiz, den USA und Deutschland, Habil. Zürich, Bern 2018



Dokumentation

- Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
- Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)
- Vollständige Urteils- bzw. Entscheidungssammlung (Schweiz):
 - [Schweizerisches Bundesgericht](#)
 - [Regierungsrat des Kantons Luzern](#)
- Vollständige Urteilssammlung (Österreich):
 - [Österreichischer Verfassungsgerichtshof](#)

Kontakt

Luka Markić, Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich

Tel. +41 44 634 41 77

E-Mail: luka.markic@rwi.uzh.ch

www.rwi.uzh.ch/kley